

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G

**Wolfgang
Nešković**
**Dagmar
Enkelmann**
**Thomas
Nord**
**Kirsten
Tackmann**
**Sabine
Stüber**
**Diana
Golze**

Zum Internationalen Tag des Flüchtlings am 20. Juni 2010 von Sabine Stüber

Anlässlich des Internationalen Tags des Flüchtlings am 20. Juni 2010 fordert die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber, Flüchtlinge und Asylbewerber nicht länger zu diskriminieren.

Die aktuellen Diskussionen um den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und anderen Krisenregionen belegen einmal mehr, dass viele Regionen der Welt von kriegerischen Konflikten und militärischen Auseinandersetzungen gezeichnet sind. Viele Menschen aus diesen Regionen sind gezwungen, ihr Heimatland Hals über Kopf zu verlassen und in scheinbar sicherere Länder zu fliehen.

Doch Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung suchen, sehen sich Diskriminierung und teilweise menschenunwürdigen Lebensbedingungen ausgesetzt. Größtenteils untergebracht in Asylbewerberheimen, deren örtliche Lage und baulicher Zustand oft nicht tragbar sind, ist eine Integration in die Gesellschaft von den Behörden nicht erwünscht. Nicht nur ausgegrenzt aus der Gesellschaft, sondern scheinbar auch aus der Zivilisation, befinden sich die meisten Heime weit abgelegen, versteckt, am Rande von bewohnten Gebieten und

in heruntergekommenem Zustand. Arbeitsverbote, Lebensmittelgutscheine und eine Residenzpflicht, die die Asylbewerberinnen und -bewerber an die ihnen zugewiesene kreisfreie Stadt oder den Landkreis bindet, sind weitere Restriktionen, denen sich Flüchtlinge in Deutschland ausgesetzt sehen.

Die avisierte Lockerung der Residenzpflicht in Brandenburg ist ein Schritt in die richtige Richtung, um zumindest die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Asylbewerber aufzuheben. Dieser Schritt muss allerdings zügig erfolgen, und eine generelle Regelung – auch länderübergreifend – muss gefunden werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Asylbewerber sich schon aufgrund ihres Erscheinungsbildes ständigen Polizeikontrollen ausgesetzt sehen oder das gar ein unerlaubtes Verlassen Ihres zugewiesenen Aufenthaltsortes als Straftat gilt, die sich dann negativ auf das Asylverfahren auswirkt. Behördlicher Willkür muss ein Riegel vorgeschoben werden. Deshalb wird auf Initiative der Fraktion DIE LINKE auch im Bundestag über das Thema Residenzpflicht debattiert.

In dieser Ausgabe:

Seite 1: Zum Internationalen Tag des Flüchtlings
Sabine Stüber

Seite 2: Regierung ohne Teamgeist
Dagmar Enkelmann

Seite 3: Raubbau an der Substanz
Wolfgang Nešković

Seite 4: Bundeswaldgesetz wurde mini-novelliert
Kirsten Tackmann

Seite 5: Betreuungsgeld ist die falsche Richtung
Diana Golze

Seite 6: Abseits der Schlagzeilen
Thomas Nord

Seite 7+8: Pressemitteilungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder

Seite 9+10+11+12: Rückblick auf die Sitzungswoche

Seite 11+12: Kontakt

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;
Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Regierung ohne Teamgeist, SPD ohne politischen Mut von Dagmar Enkelmann

Für dieses Land steht gegenwärtig eine Nichtregierung auf dem Platz. Bei Union und FDP fehlen Teamgeist, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Visionen. Vor allem fehlt eine Trainerin, die die Mannschaft auf Linie bringt. Ein Eigentümer nach dem andern wird geschossen und gäbe es für die zahlreichen Fouls Rote Karten, würde kaum noch jemand auf dem Feld stehen.

Eine solche Situation knapp acht Monate nach der Regierungsbildung ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig – und der Spielausgang ist offen. Bei der Bundespräsidentenwahl Ende Juni muss die Koalition zunächst die eigene Mehrheit zustande bringen. Was, wenn nicht? Für diesen Fall lässt sich Präsidentschaftskandidat Wulff mit seinem Amt als Ministerpräsident ein Hintertürchen offen. Sollte – wider Erwarten - die Mehrheit für Wulff in der Bundesversammlung nicht da sein, kann die Kanzlerin eigentlich einpacken.

Doch die SPD baut ihr goldene Brücken. SPD-Chef Gabriel bietet sich jetzt bei der CDU mit einem „Pakt der Vernunft“ an. Im Klartext heißt das: Die SPD ist offenbar bereit, die unsozialen Kürzungsvorhaben der



© wikipedia

Regierung mitzutragen und will die Politik der sozialen Kälte – Agenda 2010, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Senkung des Spitzensteuersatzes, Kürzung der Pendlerpauschale – fortsetzen.

Die Handschrift einer Großen Koalition trägt auch die in dieser Woche verabschiedete Reform der Jobcenter. Sie wird auf eine reine Strukturreform beschränkt und lässt die unsozialen Rahmenbedingungen Hartz IV und Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik völlig außer acht. Und käme ein bisschen Reichensteuer für Bildung ins schwarz-gelbe „Sparpaket“ – dann könnte sich die SPD vermutlich auch mit diesem an-

freunden.

Wer auf einen politischen Kurswechsel der SPD hoffte, sieht sich weiterhin enttäuscht. Ein weiterer Beleg dafür ist der Umgang mit dem Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen. Erst wird die Chance zu einem rot-rot-grünen Regierungsprojekt, zu dem DIE LINKE bereit war, leichtfertig vergeben. Dann vollführt die SPD wochenlang einen Schlingerkurs und entschließt sich erst auf massives Drängen hin zu einer Minderheitsregierung. Ob sich damit wirklich eine Abkehr von der bisherigen Politik bewerkstelligen lässt, muss sich noch erweisen.

Raubbau an der Substanz

von Wolfgang Nešković

Die soziale Polarisierung in Deutschland nimmt weiter zu. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind immer mehr Bürger arm – und diese Armen werden immer ärmer. Zeitgleich sind immer mehr Menschen in Deutschland reich – und diese Reichen werden immer reicher. Währenddessen schrumpft seit Jahren die Mittelschicht.

Verantwortlich hierfür ist eine seit Jahren vorherrschende Verarmungspolitik. Sie produziert eine Mittelschicht, die Jahr für Jahr schrumpft, während Top-Verdiener systematisch begünstigt werden. Die Reallöhne der Niedrig- und Durchschnittsverdiener sind nicht nur in Krisenzeiten gesunken, sondern zuletzt sogar in Boomjahren. Die Bürger haben keine Hoffnung mehr auf wachsende Einkommen. Das schadet dem Gemeinwesen. Denn die Aussicht auf Lohnzuwachs ist ein grundlegendes Moment, um den Konsum im Inland zu stärken.

Die Bildung der Mittelschicht, ihr Engagement und ihr Verantwortungsbewusstsein garantieren sozialen Frieden in diesem Land. Durch das Abrutschen der Mittelschicht verliert Deutschland dramatisch an in-



© ChristaMaderthoner/pixelio

nerem Halt. Mit steigender Abstiegsgangst und wachsender Armut sinkt die Bereitschaft zu politischem Engagement sowie zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben. Zudem steigt das Misstrauen gegenüber dem politischen System.

Fast 22 Prozent der Deutschen fallen inzwischen in die niedrige Einkommensgruppe. In Ostdeutschland sind es gar 31 Prozent der Haushalte. Das Vermögen der Ostdeutschen ist zwischen 2002 und 2007 inflationsbereinigt um 17 Prozent geschrumpft. Das zeigt: Für Arme ist sozialer Aufstieg so gut wie unerreichbar geworden.

Die unteren 70 Prozent der Bevölkerung besitzen noch nicht einmal über 9 Prozent des Pri-

vatvermögens in Deutschland. Zeitgleich verfügen die obersten zehn Prozent 61 Prozent des Gesamtvermögens. Allein 2009 wuchs die Zahl der Millionäre um 23 Prozent. Gewinne aus Kapitaleinkommen wachsen unaufhörlich und werden immer geringer besteuert.

Derartige Verzerrungen verlangen geradezu nach einem Politikwechsel. Wir müssen zurückkehren zu einer Politik für die Mehrheit der Bürger. Wir brauchen Aufwärtsmobilität statt Wohlstandserosion. Wir brauchen Zuversicht statt Zukunftsangst. Beides ist nur zu erreichen, wenn der sozialen Polarisierungsbewegung Einhalt geboten wird. Parteien, die sich dem verweigern, gehören abgewählt.

Bundeswaldgesetz wurde mini-novelliert
von Kirsten Tackmann



© DanielKrafczyk/PIXELIO

Am gestrigen Donnerstag stand zu später Stunde die Novelle des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) auf der Tagesordnung. Dieses Gesetz legt den Rahmen forstwirtschaftlichen Handelns in Deutschland fest und wird durch Landesgesetze konkretisiert. Für DIE LINKE sprach mein bayrischer Kollege Alexander Süßmair.

Das BWaldG stammt aus dem Jahr 1975. Seitdem hat sich die Waldpolitik national und international enorm gewandelt. Die Anforderungen an den Wald und die Forstwirtschaft, einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Biodiversität, zur Rohstoffversorgung, zum Wasserschutz und zur Umweltbildung zu

leisten, sind stetig gewachsen. Daher fordert DIE LINKE bereits seit Jahren, das BWaldG zu aktualisieren.

DIE LINKE steht für eine naturnahe Waldbewirtschaftung. Dazu gehört für uns ein Festschreiben von klar definierten forstlichen Mindeststandards, die im Gesetz als „ordnungsgemäße Forstwirtschaft“ definiert werden müssen, sollen sie Wirksamkeit entfalten. Eine größere Naturnähe kann beispielsweise durch die Wahl standortgerechter einheimischer Baumarten, kahlschlagsfreies Wirtschaften, waldverträgliche Wilddichten und Verzicht auf gentechnisch verändertes Pflanz- und Saatgut erreicht werden. Darüber hinaus

sind soziale und Qualifizierungsstandards für die Erholungs- und Bildungsfunktion des Waldes, sowie für die in der Forstwirtschaft Beschäftigten zu entwickeln. Alle Aufgaben müssen nach unserer Überzeugung durch qualifiziertes forstliches Personal abgesichert werden.

Über diese Mindeststandards streiten sich die Fraktionen bereits seit Jahren. Für SPD und Grüne war das ein Grund, die aktuelle Gesetzesnovelle komplett abzulehnen. Wir als LINKE halten das für eine unnötige Totalverweigerung, denn der Gesetzentwurf enthält viele Forderungen, die in unserem **A n t r a g 1 7 / 1 7 4 3** „Bundeswaldgesetz ändern – Naturnahe Waldbewirtschaftung fördern“ aufgelistet sind: Erleichterungen bei der Verkehrssicherungspflicht, Neudefinition des Waldbegriffes zur Unterstützung der Agroforstwirtschaft und die Aufgabenerweiterung der forstwirtschaftlichen Vereinigungen. Deshalb ist das neue BWaldG ein erster, wenn auch kleiner Schritt in die richtige Richtung. Für die nächsten werden wir weiter kämpfen.

Betreuungsgeld ist die falsche Richtung

von Diana Golze

Bereits unter Schwarz/Rot wurde neben der Verpflichtung, mehr Kindertagesbetreuungsplätze zu schaffen und dadurch einen Rechtsanspruch für unter 3 jährige Kinder auf einen Kitaplatz zu ermöglichen, das Betreuungsgeld als Beruhigungsspielle für konservative Kreise innerhalb der CDU/CSU im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert, um längst überholte Familienbilder am Leben zu halten.

Doch die „heile Welt der Familie“, als dem Ort, an dem Kinder behütet in einem großen sozialen weitläufigen familiären Gefüge aufwachsen, entspricht oft nicht mehr der Realität. Zunehmend weit von einander entfernt lebende Familienkreise, eine steigende Anzahl alleinerziehender Eltern und zunehmende Beschäftigungsbiographien, die durch Brüche oder Mehrfachbeschäftigung und Unterbezahlung gekennzeichnet sind, sind Gründe, warum die Familien eben nicht mehr immer verlässlich für Kinder sind. Doch nicht der Anreiz, Kindern ein Bildungsangebot zusätzlich zur elterlichen Betreuung zu bieten, soll mit dem Betreuungsgeld geschaffen werden, sondern der Anreiz, Kinder gar nicht erst in



© KlausUweGerhard/PIXELIO

der Kinderkrippe anzumelden. Denn gerade die Eltern werden quasi gezwungen, ihr Kind zu Hause zu behalten, für die das das Betreuungsgeld 150 € im Monat mehr in der sonst klammen Haushalskasse bedeutet.

Fest steht: Kinder brauchen pädagogische Unterstützung von qualifiziert ausgebildetem Fachpersonal. Im gemeinsamen Lernen mit Gleichaltrigen werden ihre Fähigkeiten gefördert und viele Grundlagen für soziale Kompetenz und späteres Lernverhalten gelegt. Und Eltern brauchen Kitas, in denen sie ihre Kinder gut aufgehoben wissen.

Darum bleibt DIE LINKE dabei: Es muss einen individuellen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind geben, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Denn gebührenfreie, qualitativ hochwertige und ganztägige Kinderbetreuung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung der Kinder und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile.

Abseits der Schlagzeilen– Europa in der Krise

von Thomas Nord



©RainerSturm/ PIXELIO

Dem Beitrag der letzten Woche ist anzufügen, dass der rumänische Ministerpräsident Emil Boc das Misstrauensvotum am Dienstag knapp überstanden hat und die Sparpläne in die nächste Stufe der Umsetzung gehen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden um 25 % gekürzt. Die Mindestrente um 15 %. Die Pläne finden auch weiterhin keinen Rückhalt in der rumänischen Bevölkerung, die innenpolitische Krise dauert an. Zu dieser Woche:

Am 12. Juni 2010 wurde in der Slowakei ein neues Parlament gewählt. Die konservativen Parteien haben eine deutliche Mehrheit bekommen. Nach Wahlerfolgen von konservativen Parteien in Ungarn am 25. April und Tschechien am 28.

Mai ist die Slowakei das dritte osteuropäische Land, das einen Rechtsschwenk vollzieht. Ungarn hatte übrigens letzte Woche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil es sich in einer Griechenland vergleichbaren Lage darstellte. Aus der Parlamentswahl in der Slowakei ist ein Bündnis von vier bürgerlichen Oppositionsparteien als Sieger hervorgegangen. Das beherrschende Thema des Wahlkampfes waren die Beziehungen zum Nachbarland Ungarn.

Streitpunkt ist der Landstrich im Süden der Slowakei, der bis zum Ersten Weltkrieg zu Ungarn gehörte. Die Angst, dass die überwiegend von der ungarischen Minderheit bewohnten Gebiete eine Autonomie anstreben, beherrscht schon seit Jahrzehnten

die slowakische Politik. Zehn Prozent der Slowaken gehören der ungarischen Minderheit an - und seit in Budapest eine rechtskonservative Regierung an der Macht ist, sind beide Seiten im diplomatischen Dauerkonflikt. Zuletzt schlug die ungarische Regierung vor, Slowaken mit ungarischen Wurzeln eine doppelte Staatsbürgerschaft zu gewähren. Für viele Slowaken ist das eine Provokation, sie fürchten jetzt um ihre territoriale Unversehrtheit. Dies ist leider kein Einzelbeispiel.

Durch das politische Erdbeben bei den Wahlen in Belgien am 13. Juni hat die Neu-Flämische Allianz einen Sieg errungen. Die Partei will Flandern vom französischsprachigen Teil Belgiens trennen. Ob angesichts der komplizierten föderalen Struktur und der tiefen Feindschaft zwischen den Sprachgruppen zum 1. Juli eine neue Regierung steht, ist fraglich. Belgien übernimmt am 1. Juli für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Es werden sehr intensive Monate, aktuell liegt der Fokus der Finanzkrise auf Spanien. Offiziell dementiert Spanien den ökonomischen Notstand. Aber die Gewerkschaften bereiten für den 29. September einen Generalstreik vor.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Dagmar Enkelmann

Pressemitteilung:

Opelaner schutzlos an General Motors ausgeliefert:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1255950880>

LINKE: Bund muss sich bei Solarförderung bewegen:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/II.Quartal/PE_Solarfoerderung.pdf

**YOUTUBE.DE/
LINKSFRAKTION**

**MAGAZIN *Clara.*
ABONNIEREN**

Kirsten Tackmann

Pressemitteilung:

Bundesfraktion DIE LINKE bestätigt sozialökologisches Konzept zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2010:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3386882.html>

LINKE unterstützt Änderung des Bundeswaldgesetzes:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3393467.html>

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Diana Golze

Pressemitteilung:

Alt werden in Jüterbog– in Würde:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/news-diana-golze/artikel/alt-werden-in-jueterbog-in-wuerde/>

Rede:

Betreuungsgeld ist die falsche Richtung:

<http://www.diana-golze.de/politik/reden/detail/zurueck/reden/artikel/betreuungsgeld-ist-die-falsche-richtung/>

**Gute Arbeit –
Gutes Leben**

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Sabine Stüber

Rede:

Besondere Herausforderungen und Ansprüche an den Gewässer– und Hochwasserschutz:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1332067268>

Biodiversität konsequent geschützt:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1328596558>

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Ausmaß der Steuerstraftaten und Zielgenauigkeit der strafbefreienden Selbstanzeige:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797954462_1702004.pdf

Einkommenssteuerliche Behandlung von Tagespflegepersonen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708403328_1702003.pdf

Gesundheitliche Gefährdung von Kfz-Nutzern durch das Kältemittel 1234yf in Klimaanlage:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721579750_1702002.pdf

Die Drogenbekämpfung in Afghanistan und die Auswirkungen auf die Bevölkerung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720500880_1702001.pdf

Ausmaß der Streitanzahl des Steuerrechts vor den Finanzgerichten:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7789555471_1701999.pdf

Fernverkehrsanbindung sächsischer Städte:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758601665_1701998.pdf

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774403900_1701923.pdf

Mögliche Beeinträchtigung der parlamentarischen Arbeit durch parallele Beschäftigung von Geheimdienstangestellten:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7713580509_1701922.pdf

Türkischer Interpol-Haftbefehl gegen kurdischen Schriftsteller in Deutschland:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7700112626_1701828.pdf

Position der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Hilfspakets für Griechenland:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752659805_1702053.pdf

Geplante Kürzungen des Elterngeldes:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759156196_1721020.pdf

Bankenabgabe:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735067753_1702103.pdf

Sicherheitsgesetze und Verordnungen gegen den Terrorismus seit September 2001:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734621604_1702104.pdf

Absprachen mit der italienischen Regierung zur Vermeidung von Entschädigungszahlungen an NS-Opfer:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7790852078_1702105.pdf

Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli in Berlin:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783019608_1702106.pdf

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Anträge:

Fluggastrechte sichern:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7745785107_1702021.pdf

Steigerung der Entwicklungshilfe-Quote auf 0,7 Prozent gesetzlich festlegen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765697094_1702024.pdf

Klimaschutz im Verkehr braucht wesentlich mehr als Elektroautos:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7768601772_1702022.pdf

Sicherung und Bewahrung der Wandbilder von R. Paris und W. Womacka in Berlin:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788671464_1702020.pdf

Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712016462_1702096.pdf

Nährwertampel bundesweit einführen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7782559634_1702120.pdf

Versorgung durch Hebammen und Entbindungspfleger sicherstellen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739634058_1702128.pdf

Abschaffung der Todesstrafe weltweit:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7753952656_1702131.pdf

Verbraucherfreundliche Rücknahmepflicht für Energiesparlampen durchsetzen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758110657_1702121.pdf

Den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG kompetent und demokratisch besetzen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7723068236_1702189.pdf

Widerstand von KommunistInnen gegen das NS-Regime anerkennen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705446844_1702201.pdf

Endgültiger Verzicht auf transatlantische und europäische Flugpassagierdaten-Abkommen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7715905672_1702212.pdf

Gesetzentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778288455_1702150.pdf

Übersicht der Namentlichen Abstimmungen vom 17. Juni 2010 im Deutschen Bundestag

(01) Gesetzentwurf der Bundesregierung sowie über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)

Drs.: 17/1939:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701939.pdf>

Drs.: 17/1554:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701554.pdf>

Drs.: 17/2183:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702183.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	228	0	0
SPD	130	0	0
FDP	91	0	0
LINKE	0	71	0
B90/Grüne	66	0	0

(02) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).

Drs.: 17/1905:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701905.pdf>

Drs.: 17/2171:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702171.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	226	0	0
SPD	121	4	3
FDP	84	2	0
LINKE	0	68	0
B90/Grüne	55	2	6

(03) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)

Drs.: 17/1902:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701902.pdf>

Drs.: 17/2172:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702172.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	222	0	0
SPD	126	0	1
FDP	83	1	0
LINKE	0	43	25
B90/Grüne	61	0	0

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G

Übersicht der Namentlichen Abstimmungen vom 17. Juni 2010 im Deutschen Bundestag

(04) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID)

Drs.:17/1901:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701901.pdf>

Drs.:17/2173:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702173.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	220	0	0
SPD	125	0	1
FDP	83	1	0
LINKE	0	68	0
B90/Grüne	58	0	0

(05) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010

Drs.:17/1953:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701953.pdf>

Drs.:17/2174:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702174.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	221	0	0
SPD	0	124	0
FDP	82	0	1
LINKE	0	66	0
B90/Grüne	0	58	0

(06) Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und FDP über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010

Drs.:17/1953:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701953.pdf>

Drs.:17/2174:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702174.pdf>

Drs.:17/2197:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702197.pdf>


Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	0	221	0
SPD	2	6	116
FDP	0	83	0
LINKE	49	0	16
B90/Grüne	59	0	0

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:




	Deutscher Bundestag	Frankfurt (Oder)	Fürstenwalde
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de http://www.thomas-nord.de/	Zehmeplatz 11 15230 Frankfurt (Oder) 03 35 / 500 17 65 / 66	Schlossstraße 7 16617 Fürstenwalde
	Beeskow		
	Mauerstraße 27 15848 Beeskow		
	Deutscher Bundestag	Kyritz	Neuruppin
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de http://www.kirsten-tackmann.de	Wilsnacker Strasse.1 16866 Kyritz 03 39 71 / 32 85 7	Schinkelstr.13 16816 Neuruppin 0 33 91 / 65 54 20
	Wittstock	Pritzwalk	Perleberg
	<u>mit Dieter Groß MdL</u> Burgstr. 27 16909 Wittstock 0 33 94 / 40 24 60	Marktstr.42 16928 Pritzwalk 0 33 95 / 30 24 92	<u>mit Thomas Domres MdL</u> Bäckerstr. 21 19348 Perleberg 0 38 76 / 61 68 40
	Deutscher Bundestag	Rathenow	Brandenburg
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de http://www.diana-golze.de	Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 0 33 85 / 49 45 21	Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg 0 33 81 / 21 17 89
	Potsdam-Mittelmark	Teltow-Fläming	
	Straße der Einheit 53 14806 Belzig 0 33 841 / 43 89 0	Große Straße 62 14913 Jüterbog 0 33 72 / 43 26 91	

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Eberswalde	Prenzlau
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de http://www.sabine-stueber.de/	Breite Str. 46 16225 Eberswalde 0 33 34 / 38 51 55	Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau 0 39 84 / 86 21 86 2
	Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Neskovic@bundestag.de http://www.wolfgang-neskovic.de/	Cottbus Str. d. Jugend 114 03046 Cottbus 03 55 / 78 42 35 0	
	Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de http://www.dagmar-enkelmann.de	Strausberg Wallstr. 8 15344 Strausberg 0 33 41 / 30 39 84	Bernau Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 0 33 38 / 45 95 43